

# Bundestagsdepesche

Aktuelles zur Bundespolitik von Veronika Bellmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages für den Wahlkreis Mittelsachsen



Jahrgang 7, Ausgabe 1/2010

[www.bundestagsdepesche.de](http://www.bundestagsdepesche.de)

## Neues aus der Hauptstadt

Liebe Leser,

vor wenigen Wochen hat ein neues Jahrzehnt begonnen. Viele Menschen nutzen den Jahreswechsel, um gute Vorsätze für das neue Jahr zu formulieren. Auch in der Politik wird ein Dekaden- oder Jahrhundertwechsel zum Aufbruch genutzt. Die christlich-liberale Koalition möchte die kommende Dekade zu einem Jahrzehnt neuer Chancen für unser Land machen. Wir wollen uns dabei an einem konkreten gesellschaftlichen Leitbild orientieren: Für uns steht die Freiheit des Einzelnen im Mittelpunkt. Der Mensch muss seine persönliche Freiheit aber in Solidarität mit seinen Mitmenschen ausüben. Denn die persönliche Freiheit endet dort, wo die Freiheits-Sphäre des anderen tangiert wird. Den Gedanken der Freiheit verantwortungsvoll zu verfolgen, gebietet schon das christliche Menschenbild. Das christliche Menschenbild ist für mich erster Maßstab für mein politisches Handeln.

In der ersten der beiden vergangenen Sitzungswochen haben wir über den Haushalt für das laufende Jahr debattiert. Bei aller Kritik, die wegen der hohen Neuverschuldung vor allem von der Opposition angestimmt wird, muss man sachlich feststellen, dass dieser Bundeshaushalt noch ein Anti-Krisen-Haushalt ist. Auch im Jahr 2010 müssen wir uns weiter gegen die Wirtschaftskrise stemmen, damit es wieder aufwärts geht. Wir unternehmen enorme Anstrengungen, um Beschäftigung zu sichern. Allein in diesem Jahr erhält die Bundesagentur über 20 Mrd. Euro mehr, um mit der Kurzarbeit Entlassungen zu verhindern.

Mit unserer Politik wollen wir den Menschen helfen, neue Chancen zu entwickeln. Chancen zu entwickeln heißt, die Bürger nicht immer weiter steuerlich zu belasten. Der Staat muss deutlich machen, dass er für eine gerechte Steuerpolitik eintritt. Wir haben uns in der Koalition darauf geeinigt, über die vereinbarte Steuerreform erst im Lichte der nächsten Steuerschätzung Anfang Mai weiter zu sprechen. Das ist vernünftig, denn dann werden wir über die notwendige Tatsachenbasis verfügen, um die Einzelheiten festzulegen. Der Blick darf aber nicht auf das Thema Geldmangel verengt werden. Wir werden neue Perspektiven in der Bildungs- und Energiepolitik aufzeigen. Im Bereich Verkehr gilt es, unser Land reif für die Ära der Elektromobilität zu machen. Deutschland muss wieder ein Land der Möglichkeiten werden.

Schwerpunkt der zweiten Sitzungswoche war die Vorstellung der neuen Afghanistan-Strategie der Bundesregierung zur Vorbereitung auf den Afghanistan-Gipfel in London. Das Thema Afghanistan wird uns noch ein paar Jahre beschäftigen. Deutsche Truppen werden vor Ort gebraucht, um die von deutschen Steuerzahlern finanzierten wichtigen Aufbauleistungen (Schulen, Krankenhäuser, Infrastruktur) vor dem zerstörerischen Terrorismus der Taliban zu schützen. Ebenso gilt es, mit einer zielgerichteten Strategie das „Problem Taliban“ so weit in den Griff zu bekommen, dass eine nachhaltige Sicherheit für die Menschen in Afghanistan gewährleistet werden kann. Die Menschen in Afghanistan brauchen unsere Hilfe. Sie schätzen die Anstrengungen des Deutschen Volkes und verstehen auch kaum den Wirbel der in Deutschland wegen des Angriffs auf die beiden Tanklastzüge nahe Kunduz betrieben wird. Angefacht von einer Opposition, die Morgenluft wittert, den deutschlandweit und über Parteigrenzen hinweg geschätzten Dr. Karl-Theodor von und zu Guttenberg anzugreifen. Als Mitglied des jüngst eingesetzten Untersuchungsausschusses in der Sache werde ich ein waches Auge darauf werfen, dass offene Fragen ordentlich beantwortet und Schlussfolgerungen sachlich korrekt in die Öffentlichkeit gebracht werden.

Wenn wir die Menschen in Afghanistan zum dem deutschen Engagement hören, so hören wir fast ausschließlich Worte des Lobes, der Anerkennung und vor allem Dankbarkeit. So sagte auch der afghanische Staatspräsident, Hamid Karzai am vergangenen Mittwoch als Gast des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, dass sein Volk Deutschland liebt. Überall wo deutsche Fahnen wehen, würde sich Zuversicht breit machen. Meine ausführliche Meinung zum Angriff auf die Tanklastzüge, dem Wirken unseres Verteidigungsministers und anderen tagespolitischen Ereignissen wie dem Minarettverbot in der Schweiz können Sie auf meiner Webseite unter

[www.veronika-bellmann.de/person-meinungen](http://www.veronika-bellmann.de/person-meinungen)

nachlesen.

### Berliner Schwerpunkt 1: Generaldebatte Bundeshaushalt 2010

#### Die christlich-liberale Koalition wird die Wirtschaftskraft Deutschlands erneuern!

In der Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2010 hat Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (CDU) im Deutschen Bundestag ein neues Denken zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise gefordert. Dazu setzten Union und FDP auf die Stärkung von "Freiheit in Verantwortung".

"Sosehr wir uns alle eine andere Situation wünschen würden, sosehr sind wir dazu verpflichtet, der Realität ins Auge zu sehen", sagte die Bundeskanzlerin mit Blick auf

die Haushaltspolitik der christlich-liberalen Regierung. "Die Welt hat 2008/2009 am Abgrund gestanden und wir gemeinsam haben es geschafft, international und national die richtigen Lehren zu ziehen", unterstrich die Kanzlerin. Sie bezog die Krisenbewältigung ausdrücklich auch auf die vergangene Wahlperiode und bezog SPD und FDP mit ein.

"So wie wir klug den Abschwung gedämpft haben, so geht es jetzt darum, klug aus dem Tal der wieder heraus zu kommen", hob die CDU-Politikerin hervor. Dabei stimmt sie alle auf einen langen Weg ein: Dieser Wirtschaftseinbruch werde uns über weite Teile der Legislaturperiode beschäftigen und erst 2013 werde wieder das Vorkrisenniveau erreicht sein, sagte sie voraus. Dazu gehöre, dass das Land eine starke Exportnation bleiben müsse. Was

Deutschland stark gemacht habe, dürfe nicht aufgegeben werden. Weitere Investitionen in Bildung und Forschung seien dazu nötig, unterstrich Frau Merkel. "Wir brauchen motivierte Bürger, die wissen, warum sie Steuern zahlen, und finden, dass es dabei gerecht zugeht". Das genaue Konzept für eine Steuerreform werde nach der neuen Steuerschätzung im Mai entwickelt. Ausdrücklich versicherte Merkel, die Koalition werde die neu im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse einhalten. Die Schuldenregel sei die "Leitplanke unserer Arbeit". Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das am 1. Januar in Kraft getreten ist, sei eine wichtige Ergänzung der konjunkturpolitischen Maßnahmen der letzten Wahlperiode. Es nimmt wichtige Änderungen an der Unternehmenssteuerreform vor, die erst



wieder die Grundlage für Gewerbesteuereinnahmen in den Kommunen geschaffen hat. Trotz dieses Gesetzes gebe es jetzt keine höhere Neuverschuldung als in der großen Koalition vereinbart worden sei. Mit den Maßnahmen des letzten Jahres sei eine bessere Wirtschaftsentwicklung entstanden, die jetzt Spielraum für weitere Maßnahmen geschaffen habe. Die christlich-liberale Koalition setze dabei Vertrauen in den Einzelnen, die soziale Marktwirtschaft bilde dabei das Fundament des solidarischen Miteinanders in unserer Gesellschaft.

Nach den Worten des Unions-Fraktionsvorsitzenden Volker

Kauder (CDU) legt die Koalition mit dem Bundeshaushalt 2010 einen Haushalt vor, der Wachstum bringt und Konsolidierung ernst nimmt. Die Koalition finde die richtige Balance zwischen den immerwährenden Aufgaben, die notwendigen Wachstumsimpulse zu setzen und die Staatsverschuldung zurückzuführen. Alle müssen die Chance erhalten,

dass sie ihr Leben aus eigener Kraft gestalten können. Es sei für niemanden eine gute Erfahrung, zur Hartz-IV-Behörde gehen zu müssen, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Es geht darum Aufstiegschancen zu schaffen und die Menschen aus der Abhängigkeit des Sozialstaates herauszuholen, hob Kauder hervor.

Der Grundsatz des Fordern und Fördern der Hartz-Reformen bleibe richtig. Jetzt komme es darauf an, für

Kinder Chancen zu schaffen. "Wir wollen die Freiheit des Einzelnen in die Solidarität der Gemeinschaft einbinden", nannte der Fraktionsvorsitzende als gesellschaftspolitisches Ziel der Koalition.

Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble (CDU) hat die historisch hohe Neuverschuldung im Bundeshaushalt 2010 als "bitter", aber

"ökonomisch notwendig" bezeichnet. Die geplante Kreditaufnahme von 85,8 Milliarden Euro sei allein auf die Krise zurückzuführen, betonte der CDU-Politiker zu Beginn der viertägigen Haushaltsberatungen im Deutschen Bundestag. Ziel sei es, die Folgen der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit zu mildern und den zarten Wirtschaftsaufschwung zu stützen.

### Berliner Schwerpunkt 2: Neue Afghanistanstrategie

Deutschland reist mit einem Gesamtpaket zur Londoner Afghanistan-Konferenz, das dem Ansatz der vernetzten Sicherheit weiter folgt und es weiterentwickelt. Einen Tag vor Beginn der Afghanistan-Konferenz in London zog Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag eine gemischte Bilanz des bisherigen Einsatzes. "Es gab manche Fortschritte, aber zu viele Rückschläge", betonte die Bundeskanzlerin. Der Einsatz der Bundeswehr "war und ist im dringenden Interesse der Sicherheit unseres Landes". Es gehe darum, dem internationalen Terrorismus die Rückkehr an seine wichtigste Heimstatt zu verwehren.

Die internationale Staatengemeinschaft habe ihre Ziele in Afghanistan noch nicht erreicht, bekräftigte Frau Merkel. Bei der internationalen Afghanistan-Konferenz werde über die Frage diskutiert, wie die Verantwortung für Sicherheit und Stabilität im Land Schritt für Schritt in die Hände der Afghanen gelegt werden könne. In London gehe es also um eine Strategie der Übergabe in Verantwortung an Afghanistan. Der Schutz der afghanischen Bevölkerung soll dabei nach deutschem Willen noch mehr im Mittelpunkt stehen als bisher. Die Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte soll noch verstärkt werden. Dazu will die Bundesregierung 500 Soldaten zusätzlich nach Afghanistan entsenden. Weitere 350 Soldaten bilden eine "flexible Reserve", um auf besondere Situationen reagieren zu können. Auch die Zahl der Polizeiausbilder soll von 123 auf 200 erhöht werden. Bei seinem schon heute beachtlichen Einsatz will sich Deutschland weiter-

hin auf den Norden des Landes konzentrieren. Die Mittel für den zivilen Wiederaufbau sollen von 230 auf 430 Millionen Euro steigen, also nahezu verdoppelt werden, kündigte Merkel an. Mit einer klaren Zielsetzung: eine bessere Infrastruktur für das Land, kompetente Sicherheitskräfte und mehr Kinder in die Schulen. Gemeinsam mit der afghanischen Regierung will die Bundesregierung zudem den innerafghanischen Versöhnungsprozess unterstützen. Gemäßigte Taliban-Kämpfer, die vorwiegend aus wirtschaftlichen Gründen kämpfen, sollen für die Gemeinschaft zurückgewonnen werden: etwa mit Ausbildung und mit Beschäftigung als Bau- und Landarbeiter in Infrastrukturprojekten. Für dieses Re-Integrationsprogramm sind insgesamt rund 350 Millionen Euro vorgesehen. 50 Millionen davon will Deutschland in den nächsten fünf Jahren übernehmen.

Erneut sprach sich die Kanzlerin gegen ein festes Abzugsdatum aus. "Gerade wer möchte, dass der Einsatz der internationalen Staatengemeinschaft in absehbarer Zeit erfolgreich abgeschlossen werden kann, darf dem Drängen auf ein Abzugsdatum nicht nachgeben". Zugleich äußerte sie die Hoffnung, dass im ersten Halbjahr 2011 erste Distrikte der Nordregion, wo Deutschland die Verantwortung trägt, an die afghanischen Behörden übergeben werden könnten. "Im zweiten Halbjahr könnte dann gegebenenfalls der Gesamtumfang unserer Truppen reduziert werden". Ausdrücklich begrüßte Merkel das Ziel der afghanischen Regierung, bis 2014 im ganzen Land die Sicherheitsverantwortung übernehmen zu wollen.

### Wir müssen den Afghanen die Kraft zur Eigenverantwortung geben

Die internationale Gemeinschaft muss in Afghanistan Erfolg haben. Wir wissen: Die Aufgabe ist schwierig. Unsere Soldaten und die zivilen Aufbauhelfer verrichten einen Dienst unter Lebensgefahr. Ihnen gilt unser Dank. Vieles ist in Afghanistan erreicht worden – trotz aller Rückschläge. Die Schreckensherrschaft der radikalen Taliban, die die Menschenrechte missachteten wie kaum ein anderes Regime auf der Welt, ist gebrochen. Afghanistan ist nicht mehr der ruhige Rückzugsraum für Terroristen wie noch vor dem 11. September 2001. Das dient den elementaren Sicherheitsinteressen Deutschlands. Im ganzen Land – gerade im deutschen Kommandobereich im Norden – zeigt der Wiederaufbau Erfolge: Schulen und Krankenhäuser haben die Lebensumstände des afghanischen Volkes verbessert.

All das Erreichte muss bewahrt werden. Dennoch ist es richtig, wenn die Staatengemeinschaft ihre Afghanistan-Strategie neu beschreibt. Sie steht nun mehr denn je unter dem Motto: Die Eigenverantwortung der Afghanen stärken - hin zur Übergabe in Verantwortung. Nur so

werden die demokratisch legitimierten Vertreter des afghanischen Volkes in die Lage versetzt, in absehbarer Zukunft ihr Gemeinwesen in eigene Hände zu nehmen. Zu diesem Zeitpunkt wird die Rückkehr unserer Soldaten möglich sein, die wir uns so sehr wünschen. Dennoch wäre es falsch, schon jetzt ein konkretes Rückzugsdatum zu nennen. Dies würde nur den Taliban nutzen. Deutschland wird seinen Beitrag leisten. Wir können uns nicht aus dieser Pflicht stehlen, weil damit die Destabilisierung einer ganzen Region mit unabsehbaren Folgen für den Weltfrieden und die Sicherheit einherginge. Die Vorschläge der Bundesregierung fordern auch der afghanischen Regierung einiges ab. Uns ist immer bewusst, dass die Erhöhung der Zahl der Soldaten eine menschlich schwierige Entscheidung ist. Die Bundesregierung hat aber recht, wenn sie nun eine moderate Aufstockung vorschlägt. Nur so kann über eine intensivere Ausbildung eine afghanische Armee und Polizei aufgebaut werden, die für Frieden und Sicherheit in ihrem Land sorgen können.

### Stand im 1. Untersuchungsausschuss „Bombenangriff auf Tanklastzüge“

Im ersten Untersuchungsausschuss bemüht sich die christlich-liberale Koalition um eine sachliche Aufklärung ohne Klamauk.

Wir hatten deshalb schon zu Beginn der Beratungen einen Arbeitsplan vorgelegt, der eine systematische Abarbeitung des Auftrages des Gremiums erlaubt: In Themenblock 1 sollen die Vorgänge in Kunduz am 4. September 2009 aufgeklärt werden, in Themenblock 2 Meldungen und Meldeverfahren. In Themenblock 3 kann unserer Meinung nach die Meinungsbildung innerhalb der Bundesregierung diskutiert werden. Die Lehren aus den Ereignissen wollen wir im vierten Themenblock erörtern, um Informationspannen künftig zu vermeiden.



Die anderen Fraktionen haben dieses Vorgehen inzwischen akzeptiert. Auf den Prolog, der einen einheitlichen Kenntnisstand vor allem der neuen Abgeordneten erreichen sollte, wurde verzichtet, da die Opposition ihn für überflüssig hält.

Wir haben uns darauf verständigt, Themenblock 1 und 2 in drei Sitzungen am 10. und 25. Februar 2010 sowie am 4. März zu behandeln. Ab 18. März 2010 wird mit der Vernehmung der politisch Verantwortlichen begonnen.

Damit kann die Opposition nicht mehr den Vorwurf der Blockade erheben. Wir haben mehrfach unser Aufklärungsinteresse betont; bei der Opposition ist dieses Interesse begrenzt. Wir haben uns auch auf den Sitzungstag verständigt. Hier hatte die Koalition für Mittwoch plädiert, um den Abgeordneten die Teilnahme am Plenum nicht zu verwehren. Wir sind jedoch der Opposition entgegengekommen und haben uns auf Donnerstag, 14.00 - 20.00 Uhr, geeinigt. Das Gesetz über die Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse setzt auf Konsens zwischen Mehrheit und Minderheit. Gelingt dies nicht, so träte zum Beispiel bei den Zeugen das Reißverschlussverfahren in Kraft, bei dem Koalition und Opposition abwechselnd ihre Zeugen benennen. Wir streben auch hier Einvernehmen an, um zu verhindern, dass die Bundeswehr dauerhaft mit dem Thema

konfrontiert wird und die Moral der Truppe leidet.

Der Opposition geht es nicht um Aufklärung. Sie will sofort in die Vernehmung der politisch Verantwortlichen einsteigen und ein politisches Tribunal veranstalten. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und die Bundesminister Dr. Franz Josef Jung und Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg sollen noch vor der NRW-Wahl mehrfach in den Zeugenstand gerufen werden. Der COMISAF-Bericht wird von ihr als „Wahrheit“ angesehen. Wir sind hingegen der Meinung, dass eigene Untersuchungen zur Sachverhaltsaufklärung notwendig sind.

#### Stichwort: Untersuchungsausschuss

Der Untersuchungsausschuss ist ein parlamentarischer Ausschuss zur Untersuchung von Sachverhalten, deren Aufklärung im öffentlichen Interesse liegt. Mit dem Untersuchungsverfahren erhalten Parlamente die Möglichkeit, unabhängig und selbständig die Sachverhalte zu prüfen, die sie in Erfüllung ihres Verfassungsauftrages als Vertretung des Volkes für aufklärungsbedürftig halten, insbesondere in den Verantwortungsbereich der Regierung fallende Vorgänge, die auf Missstände hinweisen. Der Untersuchungsausschuss ist ein Ausschuss mit besonderen Rechten und besonderen Verfahren. Er kann die Vorlage von Akten verlangen und Zeugen vernehmen. Anders als in sonstigen Ausschüssen gilt das Mehrheitsprinzip nur eingeschränkt. Die Minderheit hat das Recht, in gleicher Weise wie die Ausschussmehrheit an der Untersuchung mitzuwirken, insbesondere Beweisanträge zu stellen.

Nach Artikel 44 des Grundgesetzes (GG) kann und muss der Bundestag auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder einen Untersuchungsausschuss einsetzen. Mit diesem Einsetzungsbeschluss bestimmt der Bundestag den genauen Untersuchungsgegenstand und die Zahl der Ausschussmitglieder, die anschließend von den Fraktionen entsprechend ihrer Stärke benannt werden. Wird der Untersuchungsausschuss von mindestens einem Viertel der Mitglieder des Bundestages (qualifizierte Minderheit) beantragt, so hat der Bundestag diesen Ausschuss unverzüglich einzusetzen. In diesem Fall darf der Bundestag den Untersuchungsgegenstand nicht gegen den Willen der Antragsteller verändern oder erweitern.

Von der allgemeinen Regelung nach Art. 44 GG abweichend kann der Verteidigungsausschuss nach Artikel 45a GG selber eine Untersuchung einleiten und sich damit faktisch zum Untersuchungsausschuss erklären. Die Regelungen des Art. 44 GG finden insofern auf den Bereich der Verteidigung keine Anwendung.

Als Mitglied des Verteidigungsausschusses ist Veronika Bellmann damit automatisch Mitglied des 1. Untersuchungsausschusses der 17. Legislaturperiode.

### Fakten zu den Zusatzbeiträgen der Krankenkassen

Die gemeinsame Erklärung von fünf gesetzlichen Krankenkassen, Zusatzbeiträge zu erheben, ist Folge der unterschiedlichen Bewältigung der finanziellen Herausforderungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung.

1. Von 70 Millionen Versicherten haben derzeit laut Medienberichten geschätzt 7 Millionen zahlende Mitglieder mit einem Zusatzbeitrag zu rechnen. Gleichzeitig teilen andere Krankenkassen mit, dass sie entweder keine Zusatzbeiträge erheben oder sogar ihren Versicherten über Ausschüttungen Geld zurückgeben wollen.

2. Seit Gründung der Gesetzlichen Krankenversicherung sind Beitragsveränderungen ein wiederkehrender Vorgang. Neu ist, dass dieser Vorgang im Rahmen des Gesundheitsfonds transparenter geworden ist. Die GKV ist durch die Einführung des Gesundheitsfonds 2009 mit finanziellen Mitteln in Rekordhöhe ausgestattet worden. 2009 standen der Gesetzlichen Krankenversicherung Mittel in Höhe von 167 Milliarden Euro zur Verfügung. 2010 wird diese Summe auf 170 Milliarden Euro anwachsen.

3. Die Gemeinschaft der Steuerzahler trägt einen Solidarbeitrag in bislang noch nie erreichter Höhe von 15,7 Milliarden Euro zu den Mitteln der Gesetzlichen Krankenversicherung bei.

4. Unterschiedliche Risiken der Krankenkassen werden durch den morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich ausgeglichen. Somit ist die Ausgangslage für alle Krankenkassen vergleichbar. Wenn nun fünf Krankenkassen mit etwa 7 Millionen versicherten Mitgliedern Zusatzbeiträge ankündigen, so richtet sich an sie die Frage, ob dies durch geeignete Managemententscheidungen bzw. durch effizienteres Haushalten hätte vermieden werden können,

oder ob den erhöhten Beiträgen kassenspezifische Versorgungsangebote gegenüberstehen.

5. Versicherte haben im Falle der Erhebung von Zusatzbeiträgen ein Sonderkündigungsrecht. Sie können zu Krankenkassen mit besserer finanzieller Situation wechseln. Allerdings sollten bei einer solchen Entscheidung auch andere Aspekte wie wohnortnahe Betreuung oder Zufriedenheit mit dem Angebot der bisherigen Krankenkasse eine Rolle spielen. Jedes versicherte Mitglied sollte sich das PreisLeistungsverhältnis seiner Kasse ansehen und ggf. wechseln. Der gezielt erweckte Eindruck, die Ausübung des Sonderkündigungsrechts sei sinnlos, weil früher oder später alle Versicherungen Zusatzbeiträge erheben würden, ist jedenfalls nicht gerechtfertigt.

6. Der Zusatzbeitrag darf die Höhe von 1 Prozent des Haushaltseinkommens nicht überschreiten. Der Zusatzbeitrag kann als prozentualer oder pauschaler Beitrag erhoben werden. Bei einem pauschalen Beitrag bis zur Höhe von 8 Euro erfolgt keine Einkommensprüfung.

7. Auch der Zusatzbeitrag ist wie der Krankenversicherungsbeitrag steuerlich absetzbar. Dadurch kann die finanzielle Belastung gesenkt werden.

8. Die Krankenkassen sind gefordert, durch sparsames Haushalten und wirtschaftliche Vertragsgestaltungen alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um Zusatzbeiträge zu vermeiden. Sollten steigende Gesundheitsausgaben wegen notwendiger Leistungen unvermeidbar sein, können Zusatzbeiträge ein Mittel zur Verbesserung der finanziellen Ausstattung der GKV ohne zusätzliche Belastung der Arbeitskosten sein. Dies wurde in der Großen Koalition 2007 mit Zustimmung der SPD vereinbart.

### Vertrauensschutz für geplante Solaranlagen

Die Eckpunkte des Bundesumweltministers für die künftige Photovoltaikvergütung im Erneuerbare-Energien-Gesetz sind grundsätzlich zu begrüßen. So kann die deutsche Solarindustrie Wettbewerbsfähigkeit erreichen, ohne alle Stromkunden mit zu hohen Preisen zu belasten. Ein immer größerer Anteil des Strompreises entfällt auf die steigenden Kosten der Förderung erneuerbarer Energie. Es ist daher notwendig, die bestehende Überförderung bei der Photovoltaik abzubauen und die Stromverbraucher zu entlasten. Demgegenüber steht der Vertrauensschutz für die Betreiber von Solaranlagen. Wer vor Inkrafttreten der Neuregelung seine Anlage an das Netz anschließt, kann noch während der Laufzeit von 20 Jahren die bisher geltende höhere Vergütung erhalten. Danach greift die vorgesehene Senkung der Einspeisevergütung. Vor einem Stichtag 1. April 2010 ist für viele, die bereits die feste Absicht zur Errichtung einer Solaranlage haben, die Fertigstellung ihrer Anlage kaum möglich. Es wäre zu begrü-

ßen, wenn durch eine Verschiebung dieses Termins Planungssicherheit geschaffen würde. Hoffnungsvoll stimmt, dass ab dem Jahr 2013 die Kosten von durch Photovoltaik erzeugtem Strom auf das Preisniveau von konventionell erzeugtem Strom für private Verbraucher fallen sollen. Damit können mittelfristig Einspeisesubventionen für Neuanlagen entfallen, soweit der Strom vom Anlagenbetreiber selbst verbraucht wird. Der Ausbau der Photovoltaik in Deutschland ist auch eine ostdeutsche Erfolgsgeschichte. Hochwertige Arbeitsplätze konnten geschaffen werden. Für den Erhalt der Arbeitsplätze sind die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in diesem Bereich weiter zu steigern. Die Förderung neuer Techniken und Industrien darf aber nicht zu einem Dauerzustand werden. Es ist daher unumgänglich, eine bestehende Überförderung rechtzeitig abzubauen und so einen Pfad aufzuzeigen, auf dem das Produkt Solarstrom aus eigener Kraft am Markt bestehen kann.

## Kurz notiert

### Familienfreundlichkeit in Deutschland deutlich verbessert

Innerhalb von fünf Jahren hat Deutschland seine Familienfreundlichkeit so stark verbessert wie kein anderes europäisches Land mit Ausnahme von Finnland. Im internationalen Vergleich belegt es bereits heute einen Spitzenplatz bei der finanziellen Unterstützung von Eltern. Auch bei der Vermeidung von Familienarmut ist das deutsche System wesentlich erfolgreicher als die meisten anderen. Lediglich 10 Prozent der Eltern mit einem Kind hatten 2007 weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten mittleren Einkommens zur Verfügung. Mit zunehmender Kinderzahl steigt jedoch das Armutsrisiko. Gute Noten erhält auch das deutsche Bildungssystem, das in den vergangenen Jahren deutlich verbessert werden konnte, wie die internationalen Vergleichsstudien PISA und IGLU zeigen.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)

### Zahl der Empfänger staatlicher Hilfe zurückgegangen

Die Zahl der Personen, die auf existenzsichernde Hilfe des Staates angewiesen waren, ist zurückgegangen. Zum Jahresende 2008 betrug die Zahl der Leistungsempfänger 7,6 Millionen, das waren 5,1 Prozent weniger als im Vorjahr. Damit war jeder elfte Bundesbürger auf eine staatliche Grundsicherung angewiesen. Den größten Anteil daran bilden mit 6,6 Millionen die Bezieher von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld. Die klassische Sozialhilfe erhielten etwa 860.000 Personen, das waren 4,7 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Weitere 128.000 Personen bezogen zudem Asylbewerberleistungen in Höhe von 800 Millionen Euro. 46.000 Empfänger erhielten von der Kriegsofopferfürsorge Zuwendungen in Höhe von 500 Millionen Euro. Diese beiden Gruppen sind stark geschrumpft: Die Zahl der Asylbewerber sank um fast 17 Prozent, die der Empfänger von Kriegsofopferfürsorge sogar um knapp 23 Prozent.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

### Erneute Bevölkerungsabnahme für 2009 erwartet

WIESBADEN – Die Einwohnerzahl Deutschlands dürfte nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes (Destatis) 2009 gegenüber dem Vorjahr erneut leicht gesunken sein. Der Rückgang wird auf etwa 0,3 Prozent geschätzt, von 82,0 Millionen Einwohnern Ende 2008 auf 81,8 bis 81,7 Millionen Ende 2009. Damit setzt sich die Abnahme der Bevölkerungszahl weiter fort. Seit 2003 hat Deutschland jedes Jahr Einwohner verloren. 2009 wurden



H/10

Konzept zur Geschäftsneueröffnung

Zeichnung: Sakurai

voraussichtlich weniger Kinder in Deutschland geboren, und es starben auch weniger Menschen als 2008. Nach der Schätzung wird mit etwa 645.000 bis 660.000 Geburten und mit etwa 830.000 bis 840.000 Sterbefällen gerechnet. Es ist davon auszugehen, dass innerhalb dieser Grenzen das Geburtendefizit – also die Differenz aus Geburten und Sterbefällen – für 2009 im Bereich von etwa 180.000 bis 190.000 liegen dürfte. Zum Vergleich: 2008 gab es 683.000 Geburten und 844.000 Sterbefälle. Daraus ergab sich ein Geburtendefizit von 162.000.

## Termine

- 30.01. Feierliche Bauabschnittsfreigabe des Schulkomplexes in Niederwiesau
- 31.01. Teilnahme als Schirmherrin an der Sachsenmeisterschaft im Skilanglauf in Sayda
- 01.02. Gespräch mit dem Leiter der Berufsakademie Dresden
- 01.02. Amtseinführung der Regionaldirektorin Sachsen (Bundesagentur für Arbeit) in Dresden
- 01.02. Gespräch mit der Staatsministerin Clauß in Dresden
- 02.02. Kommunalpolitische Gespräche im Bürgerbüro Freiberg
- 03.02. CDU-Stammtisch im Cafe Friedrich in Flöha
- 04.02. Bürgersprechtag im Bürgerbüro Freiberg
- 05.02. Gespräch mit einer Besuchergruppe aus Mittelsachsen in Berlin
- 06.02. Teilnahme am Leisniger Carneval
- 08.-10.02. Sitzungswoche Berlin

## Kontakt

### Berlin

Platz der Republik 14, 11011 Berlin  
Tel.: (030) 227 77607  
Fax: (030) 227 76602  
veronika.bellmann@bundestag.de

### Freiberg

Erbische Str. 5, 09599 Freiberg  
Tel.: 03731 212967  
Fax: 03731 459446  
veronika.bellmann@wk.bundestag.de

### Döbeln

Zwingerstraße 2a, 09420 Döbeln  
Tel.: 03731 212967  
Fax: 03731 459446  
veronika.bellmann@wk.bundestag.de

### www.veronika-bellmann.de

Redaktion der Bundestagsdepesche:  
Veronika Bellmann  
Markus Jaeger

++NEU+++NEU+++NEU+++NEU++

### www.bundestagsdepesche.de

++NEU+++NEU+++NEU+++NEU++